

MANAGERVERGÜTUNGEN

Merkel lehnt Gehaltsgrenzen ab

In der Großen Koalition bahnt sich eine weitere Auseinandersetzung an: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) treten bei der Diskussion um eine Begrenzung von Managergehältern massiv auf die Bremse. Die SPD dagegen arbeitet an konkreten Vorschlägen, wie eine überzogene Bezahlung von Top-Führungskräften verhindert werden könnte. Gerade bei Aktiengesellschaften, deren Vorstände die höchsten Gehälter in der deutschen Wirtschaft beziehen, erscheine die Einführung einer Vergütungsobergrenze „nicht sinnvoll und verfassungsrechtlich bedenklich“, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium in der Antwort auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Volker Wissing. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beabsichtige die Bundesregierung „weder gesetzliche Beschränkungen im Sinne eines branchenspezifischen noch eines universell gültigen Maximallohnes“. Die Frage, wie viele Manager in Deutschland überbezahlt sind, lässt das Ministerium unbeantwortet. „Zu der Anzahl eventuell ‚überbezahlter‘ Manager liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor“, heißt es in dem Schreiben. Dagegen will die SPD Managern an den Geldbeutel gehen. Spätestens im Frühjahr soll eine von Parteichef Kurt Beck eingesetzte Arbeitsgruppe Vorschläge zur gesetzlichen Regelung von Vorstandsgehältern unterbreiten. Ne-

ben Korrekturen im Aktienrecht kommen für die SPD dabei Steuererhöhungen in Betracht. „Es findet eine Diskussion darüber statt, ob Boni oder sonstige Sonderleistungen stärker besteuert werden müssen“, sagt der Abgeordnete Christian Lange, der dem Arbeitskreis angehört.

Merkel, Wirtschaftsführer



ACTION PRESS

KINDERPORNOS

Operation ohne Folgen

Die Ermittlungen im bisher angeblich größten deutschen Fall von Kinderpornografie werden für viele der 12 000 verdächtigten Internet-Nutzer keinerlei Folgen haben. Wie mehrere Staatsanwaltschaften aus Nordrhein-Westfalen, dem Schwerpunkt der Fahndung, übereinstimmend mitteilen, habe die von der Staatsanwaltschaft Berlin angestoßene Operation „Himmel“ nur wenig zutage gefördert, was strafrechtlich relevant wäre. So berichtete der Kölner Oberstaatsanwalt Rainer Wolf, dass von den rund 500 Verdachtsfällen, die der Kölner Behörde aus der Hauptstadt zur Bearbeitung gemeldet wurden, „allenfalls eine Handvoll“ weiterverfolgt würden. Die anderen Fälle hätten „sofort eingestellt“ werden müssen. So seien viele der gemeldeten Nutzer nach den vorliegenden Erkenntnissen „nur für Sekunden“ und daher „möglicherweise aus Versehen“ auf die ins Visier geratene Kinderporno-Seite im Internet geraten, erklärte die Dortmunder Oberstaatsanwältin Ina Holznapel. Es sei fraglich, ob die Zeit überhaupt ausgereicht habe, sich Dateien auf den eigenen Computer zu laden. Die Operation „Himmel“ habe einen „irren Verwaltungsaufwand für fast gar nichts produziert“, kritisierte ein Strafermittler aus Westfalen.

UMWELT

Rußfilter für jeden Lkw

Nach den umstrittenen Vorschlägen zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes von Pkw verlangt Brüssel nun auch für Lastwagen und Busse schärfere Abgasnormen. Die EU-Kommission will den Ausstoß von Rußpartikeln um 66 Prozent, den von Stickoxiden um 80 Prozent drosseln. Wenn das EU-Parlament und eine Mehrheit der 27 Mitgliedstaaten dem Vorschlag folgen, können die neuen Grenzwerte 2013 in Kraft treten. Das, was dann noch aus dem Auspuff kommt, sollen „on board“-Messinstrumente fortlaufend aufzeichnen. Verstöße gegen die „Euronorm VI“ wären jederzeit feststellbar. Im Vergleich zur 15 Jahre alten Euro-Schadstoffnorm würde der Stickstoffausstoß damit auf ein Zwanzigstel und der Ruß auf ein

Sechsdreißigstel reduziert. Um diese Werte zu erreichen, müssten, neben anderen technischen Veränderungen, alle Diesel-Lkw und -Busse mit Partikelfiltern ausgerüstet werden. Die Hersteller werden sich gegen diesen Vorstoß, anders als gegen die Pkw-Normen, kaum sperren können: Ihre Exporte in die USA müssen schon heute ähnliche Vorgaben erfüllen.



SASCHA BAUMANN / DDP

Autobahnverkehr